



Mit GPS überwacht: Markus Hefti informiert bei der Vermessungsstation vor Hotel «Bellevue» und Ortstock über den geplanten Entwässerungsstollen.

Bild Sasi Subramaniam

«Die Gefahren betreffen auch die Bevölkerung im Tal»

Die Landsgemeinde stimmt über das Entwässerungsprojekt Braunwald ab – über einen Beitrag des Kantons, der über das gesetzlich Fixierte hinausgeht. Korporationspräsident Markus Hefti erklärt, warum das Projekt alle angeht.

von Fridolin Rast

Das Entwässerungsprojekt Braunwald kostet nach heutigem Stand 29,5 Millionen Franken, welche sich Kanton und Bund, Gemeinde und Entwässerungskorporation Braunwald teilen. Die Landsgemeinde muss über einen «freien», über das gesetzliche Mass hinausgehenden Beitrag von 1,6 Millionen abstimmen. Markus Hefti, Präsident der Entwässerungskorporation, erklärt, warum er an den Erfolg des Projektes glaubt.

Herr Hefti, haben Sie den nassen Sommer heuer direkt gespürt, hat sich die Rutschbewegung in Braunwald beschleunigt?

MARKUS HEFTI: Die Natur reagiert langsam, über mehrere Wochen. Es kommt darauf an, ob es nass oder trocken war, ob während der Schneeschmelze viel Wasser verdunstet oder in den Boden einsickert. Die Rutschung im Untergrund von Braunwald wird permanent per GPS überwacht, und im Sommer haben wir tatsächlich eine Beschleunigung festgestellt. Diese ging

aber nie über den normalen Rahmen hinaus und war kleiner als jeweils in der Schneeschmelze. Inzwischen hat die Bewegung sich auch schon wieder beruhigt. Am Ende müssen wir die Daten über jeweils ein ganzes Jahr ansehen, da bewegt sich die Erdmasse zwischen zwei und vier Zentimeter.

Was hat denn das Wasser überhaupt mit der Rutschung zu tun?

Die Situation in Braunwald ist wie oft im Alpenraum. Das Dorf liegt auf einer Gleitfläche, auf der sich der Untergrund wegen der Schwerkraft ganz langsam talwärts bewegt. Das Wasser wirkt wie ein Schmiermittel. Massgebend ist der Wasserdruck im Boden, der mit Niederschlag und Schneeschmelze steigt. Wenn wir ihn abbauen können, können wir die Masse praktisch wieder anhalten.

Ihr eigener Betrieb war beim Ereignis von 1999 ziemlich gefährdet, machen Sie sich heute Sorgen?

Nein, ich hatte auch damals keine Angst, alle waren aber sehr wachsam und haben überlegt: Was wäre, wenn ... Es ging ja vor allem darum, ob Per-

«Die Prognosen erwarten häufigere und intensivere Niederschläge – die Entwässerung kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.»

sonen evakuiert werden müssen, nie um Personenschäden. Heute haben wir eine bessere Beobachtung und können mehr objektive Information liefern. Das Alarmkonzept wurde damit stark verbessert.

Sie kämpfen nun als Korporationspräsident für das Projekt: Was bedeutet es Ihnen, wenn die Landsgemeinde dem noch nötigen zusätzlichen Geld zustimmt?

Der Landrat hat mit seiner Diskussion und seinem Ja bestätigt, dass der Schutz vor Naturgefahren gut akzeptiert ist. Jede Gemeinde kann davon betroffen sein, und so finden wir solidarische Unterstützung. Die Gefahren-

situation betrifft ja auch die Region und die Bevölkerung im Tal. Das hat sich 1999 klar gezeigt, als die Linth von einem Murgang gestaut wurde und einen Teil von Rüti fast überflutet hat.

Ist am Ende der geplante Stollen zu klein oder zu wenig, wenn man an die Klimaprognosen denkt?

Es ist im Gegenteil entscheidend, dass wir das Projekt umsetzen. Die Prognosen erwarten intensivere und häufigere Niederschläge, da kommt die Entwässerung genau zum richtigen Zeitpunkt. Damit sie die Beschleunigungsphasen vermeiden kann, die immer wieder Probleme gemacht haben.

Und wenn man jetzt nichts macht – was müssen wir befürchten?

Die Landsgemeinde wird ja sagen. Ich weiss, dass die Leute Verständnis haben für die Naturgefahren. Wir können das Projekt erklären und begründen.

Seit 1999 ist nichts mehr passiert. Wie kommt man auf einen Schadenerwartungswert von über 12 Millionen jährlich?

Nun ist es aber so, dass das kantonale Waldgesetz den Beitrag von Bund und Kanton zusammen auf maximal 80 Prozent begrenzt. Die entsprechenden 26 Millionen Franken konnte der Regierungsrat auf das Gesetz gestützt beschliessen. Wegen des Irrtums fehlen nun aber 1,62 Millionen.

Der Kanton ist laut Memorial nicht verpflichtet, diesen Anteil zusätzlich zu beschliessen. Die Finanzaufsichtskommission des Landrates hatte beispielsweise noch diskutiert, die Ge-

Der Bund schreibt eine Kosten-Nutzen-Analyse vor, und ich bin froh darum. Da fliessen die möglichen Schäden an Sachwerten in Braunwald und im Tal ein, die gefährdeten Erschliessungen, alles gewichtet nach den Gefahrenzonen. Die durchschnittliche jährliche Schadenerwartung übersteigt die auf die Jahre umgelegten Kosten der Investitionen bei Weitem, womit sich die Investition von 29,5 Millionen Franken sehr lohnt. Trotzdem dürfen wir neben den baulichen Massnahmen die anderen nicht vernachlässigen. Die Notfall- und Evakuationspläne und auch die Raumplanung, sodass nicht in gefährdeten Gebieten gebaut wird. Wenn der Stollen wie erwartet funktioniert, dann sinkt der Schadenerwartungswert um fünf Sechstel auf 1,9 Millionen Franken.

Müssen Sie oder wir denn bald wieder mit einer Rutschung wie damals rechnen?

In der Geschichte ist ungefähr alle 20 Jahre etwas passiert. Wann sich die Bewegungen beschleunigen und wieder zu Schäden führen werden, können wir nicht voraussagen. Aber wir hoffen, den Entwässerungsstollen vorher zu realisieren und dies verhindern zu können. «Die geologische Uhr tickt», sagt der Geologe, der uns begleitet.

Die Bergstation der Braunwaldbahn und der Dorfkern befinden sich heute in der roten Zone mit Bauverbot. Gibt es nahher keine solchen Bauverbote mehr?

Die rote Zone zu reduzieren ist ein klares Ziel. Die Rutschung wird sich nicht mehr phasenweise beschleunigen, und damit fällt der Grund für die rote Zone weg. Auch die Talstation in Linthal ist aber heute in der roten Zone. Dort drohen nicht nur die Rutschgefahr und dadurch mögliche Murgänge, sondern auch Gefahren durch Bäche und Runsen. Die Gemeinde bearbeitet mehrere Naturgefahrenthemen im Tal unten. Das zeigt exemplarisch, dass es oft nicht um einzelne, sondern um die Kombination verschiedener Projekte geht, um das Gefahrenpotenzial zu reduzieren.

Die Braunwaldbahn soll auch erneuert werden. Muss das Entwässerungsprojekt vorher realisiert sein?

Aus Sicht der Entwässerungskorporation ist die rasche Umsetzung wichtig. Davon profitieren zeitlich alle Investitionen, für ihre Träger ist die Planungssicherheit wichtig. Die Entwässerung ist ein wichtiger Schritt, nachdem mehrere Planungen lange blockiert waren. Unser sehr fundiertes Dossier bringt auch den Behörden endlich mehr Klarheit.



Landsgemeinde 2021

suedostschweiz.ch/landsgemeinde

Am 5. September findet die verschobene Landsgemeinde 2021 statt. Die «Glerner Nachrichten» stellen die wichtigsten Traktanden vor. Am Dienstag, 31. August, erscheint ausserdem eine Übersicht mit allen Geschäften. (red)

Der Kanton steht für einen Irrtum gerade

Um Rutschungen wie 1999 zu vermeiden, soll der Braunwalder Untergrund stabilisiert werden. Doch wegen eines Irrtums fehlt Geld.

Die Landsgemeinde stimmt im Traktandum 17 nur über einen kleinen Teil der Kosten für den Entwässerungsstollen Braunwald ab. Das Projekt soll maximal 32,5 Millionen Franken kosten, 29,5 Millionen plus eine Kostenungenauigkeit von zehn Prozent.

Ziel des Projektes ist es, das Rutschgebiet zu stabilisieren, das zwischen zwei und vier Quadratkilometer gross ist und sich normalerweise mit zwei bis vier Zentimeter pro Jahr langsam bewegt. Im Fels im Untergrund sind ein

Hauptstollen von etwa 900 Metern sowie ein Seitenstollen von 120 Metern Länge geplant. Von den Stollen aus werden nach oben Drainagebohrungen gemacht, welche die Rutschmasse entwässern. Damit sollen die Rutschung verlangsamt und vor allem Beschleunigungsphasen, wie sie etwa 1999 auftraten, künftig verhindert werden.

Grenze im Waldgesetz

Die Landsgemeinde muss nicht über den ganzen Betrag beschliessen, son-

dern nur über einen sogenannten freien Beitrag von 1,62 Millionen Franken oder fünf Prozent. Dies, weil die Planer, Kanton, Gemeinde Glarus Süd und Entwässerungskorporation Braunwald, lange davon ausgingen, Kanton und Bund könnten zusammen 85 Prozent der Kosten übernehmen. Entsprechend teilten sich die Gemeinde Glarus Süd und die Entwässerungskorporation die verbleibenden 15 Prozent und beschliessen ihre Kredite dafür.

meinde könne ja für die fünf Prozent einspringen, verzichtete dann aber auf einen Antrag.

Weil das Vorhaben aber sehr gross sei und besonders die Entwässerungskorporation an ihre Leistungsgrenze bringe, schlagen Regierungsrat und Landrat der Landsgemeinde vor, den fehlenden Betrag zu übernehmen. Würde sie ablehnen, so müssten sich Gemeinde und Entwässerungskorporation einigen, wie sie die 1,62 Millionen Franken aufteilen. (fra)